



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Wir sind Industrie!

Manifest für eine industrielle Schweiz

Wir sind mit unserer Geduld am Ende. Wir, die Arbeitenden aus zahlreichen Industriebetrieben, die uns am 17. Juni 2016 in Bern versammelt haben, fordern zornig und mit aller Entschiedenheit von Bundesrat und Parlament, die Zerstörung der Industrie in der Schweiz zu beenden.

Dies ist kein blosser Appell an Politik (und Arbeitgeber). Wir, die mit unserer Arbeit den Wert schaffen, richten einen ernsten Warnruf an die ganze Gesellschaft. Die 4. Industrielle Revolution wird unsere Arbeits- und Lebensformen tiefgreifend verändern. Um das mitzugestalten, müssen wir den Bundesrat und das Parlament zu einer starken Industriepolitik zwingen.

Die Schweiz ist eine Industrienation. Wir gewinnen aus der Produktion zweieinhalb Mal mehr Wohlstand als aus dem Bankenplatz. Weite Teile der Dienstleistungen hängen von der Industrieproduktion ab. Wer die Industrie demontiert, ist der Totengräber der Schweiz. Stoppt die Politik diese Demontage nicht, drohen dem Land schwere soziale Konflikte.

Aber das ist nur das halbe Problem. Wir, die forschen, entwickeln und produzieren, warnen: In den Herausforderungen der angelaufenen 4. Industriellen Revolution sind neoliberale Verblendung und kurzfristige Profitinteressen der Banken und Aktionäre fatal – so wird die Schweiz ihren Wohlstand verspielen. Heute geht es um unsere Arbeitsplätze und Existenzen. Und um einiges mehr: Die wirtschafts- und industriepolitischen Entscheide der nächsten Monate bestimmen darüber, ob die Schweiz eine reiche, produzierende Volkswirtschaft bleibt oder zur Dienstleistungswüste um einen Casino-Bankenplatz verkommt.

Vier fatale Entscheide. Die laufende Zerstörung der Industrie ist nicht die Folge eines «Strukturwandels» oder technologischer Umwälzungen, sondern das Ergebnis von strategischen Entscheiden gegen die Produktion und gegen die Arbeitenden:

1. Die Schweizerische Nationalbank SNB hat entschieden, eine Hartfrankenpolitik zu führen. Damit folgt sie weder monetären Notwendigkeiten noch dem Ziel Preisstabilität. Vielmehr will sie mit dem stark überbewerteten Franken die Schweiz «stärker in internationale Wertschöpfungsketten» einbinden (SNB). Nationalbank-Chef Thomas Jordan betreibt also aktiv die Desindustrialisierung der Schweiz. Das ist seine Ideologie. Er macht Strukturpolitik. Damit begeht er eine Machtanmassung. Und verletzt die Verfassung: Sie schreibt in Artikel 99 vor, die SNB müsse im «Gesamtinteresse des Landes» handeln. Die SNB dient nur dem Finanzplatz. Jobzerstörer Jordan handelt illegal. **Wir verlangen von Regierung und Parlament, die Hartfranken-Politik und den Verfassungsbruch Jordans sofort zu stoppen.**

2. Banken, Hedgefonds, Investment- und Pensionsfonds, denen heute die meisten grossen Schweizer Industrieunternehmen gehören, entscheiden regelmässig für höheren (Börsen-)Profit und gegen die Produktion, gegen die Arbeitnehmenden und die KMU-Zulieferer. Das ist Finanzkapitalismus. Die Politik hat keine Ausreden («wir mischen uns nicht in die Wirtschaft ein»): Sie hat mit Dutzenden von Deregulierungen, Steuergesetzen, Aktienrechtsreformen und dem laschen Schweizer Arbeitsgesetz das Treiben der Aktionäre erst möglich gemacht. Wir akzeptieren keine Entlassungen mehr, wenn ein Unternehmen Gewinn macht. Wir fordern, dass der Schutz der Arbeitenden in diesem Land eine höhere Priorität bekommen muss als der Schutz der Aktionärsprofite. **Dafür braucht es, gerade mit Blick auf die 4. Industrielle Revolution, einen wirksamen Kündigungs-**

schutz und scharfe Regeln bei Massentlassungen. Wir fordern darüber hinaus ein unverletzliches, privilegiertes Statut der Arbeit (für Lohnarbeit wie für gesellschaftlich notwendige Arbeit) in der Verfassung.

Dieses Statut soll eine grundlegende Wertung (Arbeit vor Kapital, Arbeit als Teilhabe an der Gesellschaft) und das Prinzip des Rechts auf Arbeit enthalten. Weiter soll es durchsetzbare Festlegungen für maximale Arbeitszeiten, beschränkte Verfügbarkeit der Arbeitenden (Zeitautonomie), ein Verbot von Scheinselbstständigkeit, automatische Bildungs- und Weiterbildungsansprüche, Standards für Entlohnung und soziale Absicherung, den Anspruch auf Teilung der Arbeit, ein Modell zur Honorierung nicht entlohnter Arbeit und die Mitsprache bei der Einführung technischer Neuerungen definieren.

3. Bundesrat und Parlament haben entschieden, jede Industriepolitik zu verweigern. Damit überlässt die Politik die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz allein den Arbeitgebern, also den Aktionären. Das ist neoliberale Politik von vorgestern. Denn ökonomischer Fakt ist: Die Aktionäre investieren zunehmend nur noch dort, wo hohe Rendite in ein bis drei Jahren winkt. So ist in den vergangenen Jahrzehnten die Investitionsrate massiv gesunken. Die Verweigerung dieser Realität zeigt sich etwa darin, dass die Schweiz in innovativen Industrien deutlich weniger Arbeitsplätze schafft als alle Industrienationen, die Industriepolitik betreiben. Oder darin, dass die Schweiz bei der Forschung regelmässig Spitzenplätze belegt, bei der industriellen Anwendung aber häufig im hinteren Mittelfeld rangiert. Wir, die Forschenden, Entwickelnden und Produzierenden der Industrie wollen die Zukunft unserer Arbeit nicht den Fonds und Aktionären überlassen. Wir wollen nicht, dass unser Wissen und unsere Fertigkeiten abgeschrieben werden. Wir wollen nicht in einer Finanzplatz-Dienstleistungswüste (Alpen-Singapur) leben und arbeiten. **Heute fordern wir eine zugreifende Industriepolitik. Sie muss damit beginnen, dass der Bundesrat rasch eine grosse, tripartite und öffentliche Konferenz zur Industriellen Schweiz und zur Industrie 4.0 einberuft.**

4. Der Entscheid vom Februar 2014, einen Abschottungsartikel in die Verfassung zu schreiben, ist eine schwere Hypothek für die Arbeitenden des Landes und die industrielle Entwicklung. Er schafft Diskriminierungen unter den Arbeitenden, führt zu Lohn- und Sozialabbau und gefährdet unsere Beziehungen zur EU. Wir bezweifeln, dass es die Absicht des Souveräns war, die bilateralen Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn zu kappen und die Personenfreizügigkeit zu beenden. **Wir als GewerkschafterInnen wollen ein Europa der Arbeitenden. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Deshalb beharren wir auf einer zeitnahen Volksabstimmung über unser Verhältnis zur EU und zur Personenfreizügigkeit.**

Vierte Industrielle Revolution. Nicht nur die laufende Zerstörung der Industrie fordert uns heraus. Industrielle Revolutionen bringen mehr als neue Techniken in die Wirtschaft, sie formen die Gesellschaft um. Sie verändern Produktion, Konsum, Transport, Arbeitsformen, Freizeit, Politik, Recht, Kultur bis hinein in die Umgangsformen. Das gilt in besonderem Masse für die Verbindung von digitalen Techniken mit Informationstechnologien. In ihr wird sogar unser Menschenbild auf die Probe gestellt, an der verschwimmenden Schnittstelle Mensch-Maschine (Selbstopтимierung, Selbstkonfiguration).

Konkret re-industrialisiert sie vorerst die alten Industrieländer. Die internationale Arbeitsteilung (Weltfabrik Asien) wird aufgeweicht, ein Teil der neuen Produktion und des Designs ist lokal (FabLabs etc.). Die Umwälzung der industriellen Produktion vernichtet massiv Jobs bei den Dienstleistungen und industrialisiert den Dienstleistungssektor. Sie formt aber auch die Industrie um, bis hin zur kundengesteuerten Produktion in Kleinstserien (bis hin zu 1:1). Entwicklung und Produktion fallen immer stärker zusammen, die Industrieproduktion integriert Dienstleistungsaspekte und direkte Kundenbeziehungen. Die Grenzen zwischen den Sektoren werden verschwimmen, der BIP-Anteil

der Industrie plus Industrie-Tertiär wird stark steigen. Bisher trafen industrielle Umwälzungen vor allem die Produktionsarbeitenden, jetzt treffen sie in stärkerer Masse die «Weisskragen». Zwei Dinge aber bleiben sich gleich: Im Kern stehen mehr denn je unser Können, unser Wissen und unsere Erfahrung. Gerade in der hochflexiblen, digitalen Produktion.

Und: Wir arbeiten im Kapitalismus. Die 4. Industrielle Revolution findet unter dem Kommando einer kleinen Zahl globaler Konzerne statt. Von ihnen geht ein immenser Druck auf Arbeitsformen, Jobsicherheit, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Lohn und soziale Sicherheit aus.

Zu den zentralen Herausforderungen gehört die **Ausdehnung der Arbeitszeit** durch die Unternehmen und unsere **Verfügbarkeit** über die offizielle Arbeitszeit hinaus. Hier findet gerade ein Bruch mit dem historischen Trend zur Verringerung der Arbeitszeit statt. Schon heute liegt die reale Arbeitszeit in allen Sektoren deutlich über 41 Stunden. Wirtschaftsverbände und rechte Parteien arbeiten daran, die Arbeitszeit weiter auszudehnen, sowie die Regeln der Höchstarbeitszeit zu fällen. Abend-, Nacht-, Schicht-, Samstags- und Sonntagsarbeit sollen dereguliert werden.

Mehr noch: Die maximale Rentabilisierung neuer technischer Möglichkeiten durch die Arbeitgeber ist verbunden mit der Aufweichung der **Grenze zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit**. Wir sollen rund um die Uhr für das Unternehmen verfügbar werden. Dies zu verhindern, um unsere **Zeitautonomie** zu verteidigen, ist eine entscheidende gewerkschaftliche Aufgabe. Beispiel: Internetfreie Stunden.

Darum muss unsere **Mitsprache bei technologischen Entscheiden** zu einem Kernthema werden. Manche Entwicklungen der 4. Revolution sind wünschenswert, sie enthalten Chancen für mehr und bessere Arbeit. Andere Entwicklungen gefährden elementare Errungenschaften der Arbeitenden. Wir müssen (sozialpartnerschaftliche oder politische) Mechanismen finden, um negative Entwicklungen abzuwenden.

Schliesslich unterspülen Roboterisierung und andere Formen menschenfreier Produktion unsere **Sozialversicherungen**. Roboter und Computer bezahlen keine AHV-Beiträge. Das ist nur zu lösen, wenn die **Finanzierung der Sozialversicherungssysteme zunehmend von Lohnbestandteilen auf Wertschöpfungsbestandteile umgestellt wird**.

Moderne Industriepolitik. Fordern wie heute eine starke, offensive Industriepolitik der öffentlichen Hand, meinen wir weder Subventionen, noch Strukturhaltung, Zollhürden, klassische Wirtschaftsförderung (Steuererleichterungen, Standortwettbewerb etc.) oder Heimatschutz. Das sind unterentwickelte, reaktionäre Vorstellungen von Industriepolitik. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wollen keine nationalistische Schutz-Politik. Wir sehen uns nicht in Konkurrenz zu den KollegInnen in anderen Ländern. Industriepolitik, wie wir sie wollen, entfaltet vielmehr die Möglichkeiten und Chancen des Arbeitsplatzes. Sie baut auf unser Wissen und unsere Fertigkeiten. Sie schafft viel und bessere Arbeit. Wie dieses Land wirtschaftet, was, wo und wie es investiert und produziert, darf nicht einer Handvoll Aktionäre und Fonds überlassen bleiben. Das gehört öffentlich debattiert und entschieden.

Darum braucht der Industrie- und Arbeitsplatz Schweiz moderne Instrumente, wie sie die Gewerkschaft Unia zum Beispiel mit dem **Fonds für eine produktive Schweiz** (Produktionsfonds) längst entworfen hat. Wir als Arbeitende, die uns in der Gewerkschaft zusammengeschlossen haben, reden bei der Zukunft unserer Arbeit mit.

Industriepolitik zielt darauf, mindestens 20 Prozent des BIP aus der Produktion zu gewinnen. Das ist die untere Grenze für eine funktionierende Wirtschaft.

Dies erreichen wir, wenn wir die Chancen des ökologischen Umbaus, von Biotech und Life Sciences, Netz- und Verkehrstechniken, von Digitalisierung, Robotik und anderen Bereichen der Industrie 4.0 nutzen. Gleichzeitig wollen wir jene Entwicklungen und wirtschaftlichen Formen bannen, die nicht dem Gemeinwohl dienen (etwa die «Uberisierung»).

Damit das gelingt, braucht es 5 Voraussetzungen:

1. Finanzplatz zähmen. Bundesrat und Parlament beenden die Bevorzugung des Finanzplatzes und zähmen die Banken und die Nationalbank. Das Direktorium der SNB ist nicht der Souverän in diesem Land.

2. Produktionsfonds, Innovation, Investitionsdebatte. Bundesrat und Parlament bieten Hand zur Schaffung eines tripartit geführten Produktionsfonds, der so hoch dotiert ist, dass er einen alternativen Kredit zum Bankkredit darstellt. Dieser Fonds wird mit einer stark ausgebauten, offensiv zu den KMU hin agierenden Innoswiss (KMU-Innovationsbons) und einer offenen Innovationsdatenbank gekoppelt. Dort, wo es dem Allgemeininteresse dient, beschliesst die öffentliche Hand aktive Investitionen.

3. Industriepolitische Agenda. Bundesrat und Parlament beschliessen eine industriepolitische Agenda, die mindestens drei Dinge enthält: Erstens eine grosse Bildungs- und Qualifizierungsoffensive (inklusive Recht auf lebenslange Weiterbildung und Bildungsbons). Zweitens eine Technologie-Strategie, die den offenen Zugang und den aktiven Technologie-Transfer garantiert. Drittens eine klare Ausrichtung auf den ökosozialen Umbau.

4. Arbeitsstatut. Bundesrat und Parlament verbessern, subsidiär zur Sozialpartnerschaft, den Kündigungsschutz, die flankierenden Massnahmen, den Lohn- und Arbeitsschutz. Wirtschaftlicher Fortschritt ist ohne sozialen Fortschritt nicht zu haben. Dies sind erste Teile eines Arbeitsstatuts, das die Priorität der Arbeit vor dem Kapital festhält. Dazu gehört im Kern die Beschränkung der zeitlichen Verfügbarkeit der Arbeitenden für den Arbeitgeber (Zeitautonomie, Trennung von Arbeit und Freizeit).

5. Industrie in die Mitte. Bundesrat und Parlament holen die Industrie in die Mitte der Gesellschaft zurück. Die Schweiz ist eine produzierende Wirtschaft. Das beginnt mit der grossen tripartiten Industriekonferenz.

Wir sind Industrie!



Wir sind Industrie!
Nous sommes l'industrie!
Noi siamo l'industria!